

## Erholung und Reform – Mit Keynes aus der Beschäftigungskrise

1. Einleitung	18
2. Standarderklärungen und -lösungsvorschläge	19
3. Die Lohnstückkosten als Ursache der Beschäftigungskrise?	22
4. Erholung und Reform: Die Keynes-Lösung	26
4.1 Erholung durch öffentliche Investitionen	26
4.2 Reform der Finanzmärkte	28
4.3 Reform des internationalen Handels	29
4.4 Reform des internationalen Zahlungsverkehrs	29
4.5 Reform der Steuerbasis	31
4.6 Reform der Regelarbeitszeit	31
5. Fazit	32

*Bernhard  
Schütz<sup>1</sup>*

*Ökonom am Institut  
für Volkswirtschafts-  
lehre der Universität  
Linz*

**Auszug aus WISO 2/2015**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)

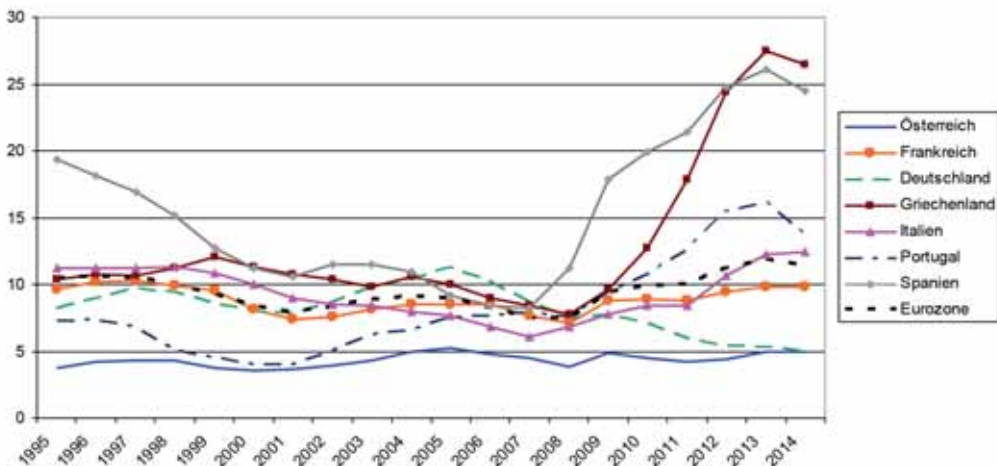
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

## 1. Einleitung

### *hohe Arbeitslosigkeit in Österreich und Europa*

Im Jahr 2014 waren in der Eurozone über 18 Millionen Menschen arbeitslos.<sup>2</sup> In Österreich kletterte die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2014 auf über 221.000 Menschen (5%). Verglichen mit der Arbeitslosenrate der Eurozone (11,4%) oder gar jenen Raten in den südlichen Krisenländern (Griechenland: 26,4%, Spanien: 24,5%, Portugal: 13,7%, siehe Abbildung 1) ist dieser Wert zwar vergleichsweise moderat, der Vergleich mit historischen Werten (1970: 1,3%, 1980: 1,9%, 1990: 3,3%, 2000: 3,5%) liest sich aber ernüchternd. Hinzu kommt, dass der Trend in Österreich seit 2011 kontinuierlich nach oben weist. Somit ist es durchaus angebracht, nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Österreich von einer Beschäftigungskrise zu sprechen.

Abbildung 1: Arbeitslosenraten in der Eurozone (Quelle: OECD 2014a)



### *damals wie heute: hohe Löhne als angebliche Ursache*

Vergleichbar hohe Arbeitslosenraten gab es in Europa zuletzt zur Zeit der Großen Depression in den 1920er- und 1930er-Jahren. Damals machte man vielerorts die angeblich zu hohen Löhne für die anhaltend niedrige Beschäftigung verantwortlich – ein Argumentationsmuster, das sich auch heute großer Beliebtheit erfreut. Damals wie heute verkennt eine solche Argumentation die wahren Gründe der Krise und verleitet zu falschen Maßnahmen. In den 30er-Jahren waren es schließlich die Ideen von John

Maynard Keynes, die den Umschwung einleiteten. Im Gegensatz zur damals herrschenden Ansicht machte er nicht die angeblich zu hohen Löhne für die Krise verantwortlich, sondern sah den Grund in der mangelnden Nachfrage nach Gütern. Um die Krise zu bekämpfen, müsse daher der Staat seine Ausgaben erhöhen und so für zusätzliche Nachfrage sorgen.

Dieser Teil von Keynes' Werk genießt heute wenn schon nicht allgemeine Akzeptanz, so doch zumindest weitestgehende Bekanntheit. Viele seiner anderen Ansichten und Äußerungen zur Funktion kapitalistischer Systeme und kluger Wirtschaftspolitik sind weniger bekannt, deshalb aber auf heute nicht weniger zutreffend oder weniger relevant. Im folgenden Beitrag soll nun zunächst auf die Standarderklärungen für die Beschäftigungskrise sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer Ebene eingegangen werden. Da hier die Höhe der Lohnstückkosten eine zentrale Rolle einnimmt, wird in Abschnitt 3 diese Argumentation kritisch hinterfragt und mit Gegenargumenten konfrontiert. Abschnitt 4 zeigt schließlich keynesianische Alternativen zur bisherigen Politik auf. Abschnitt 5 beinhaltet ein Fazit.

*Keynes' Ideen gehen weit über staatliche Konjunkturprogramme hinaus*

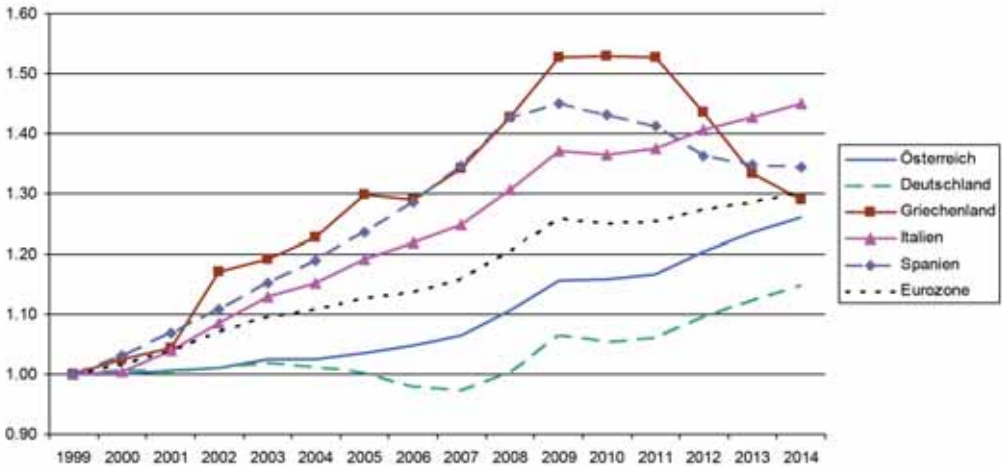
## **2. Standarderklärungen und -lösungsvorschläge**

Die gängige Erklärung für die derzeitige Krise lässt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die Währungsunion hat dazu geführt, dass die FinanzmarktteilnehmerInnen ihre Erwartungen bezüglich Kreditrisiken in den südeuropäischen Staaten nach unten revidierten. Da diese Länder nun günstigen Zugang zu ausländischen Krediten hatten, kam es dort zu einem kreditfinanzierten Anstieg des Wirtschaftswachstums. Dieses Wirtschaftswachstum führte wiederum dazu, dass Löhne und Preise überdurchschnittlich anstiegen und so diese Länder kontinuierlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit einbüßten (vgl. Abbildung 2). Als Folge dieses Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit kam es dort zu zunehmenden Leistungsbilanzdefiziten (es wurde mehr importiert als exportiert), somit zu einer wachsenden Verschuldung des öffentlichen und privaten Sektors im Ausland und entsprechendem Kapitalzufluss. Mit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise kam dieser Kapitalzufluss zum Erliegen („sudden stop“) und die südlichen Länder waren mit einer Bankenkrise konfrontiert, wodurch es zu einem Ende des Wachstums kam

*Standarderklärung: Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit*

und die Ausgaben für Bankenrettungen die Staatsschulden in die Höhe schnellen ließen.<sup>3</sup>

Abbildung 2: Entwicklung der Lohnstückkosten im europäischen Vergleich (Index; 1999 = 100)



Quelle: OECD 2014a, eigene Berechnungen

*Arbeitslosigkeit in Österreich wegen schwacher inländischer und ausländischer Nachfrage*

Für Österreich sieht die OECD (2014b) den Grund für die anhaltend schlechte Beschäftigungssituation in der zu niedrigen Inlandsnachfrage. Ein genauer Blick auf die Entwicklung der Komponenten des realen BIP bestätigt dies zunächst (siehe Tabelle 1): Das Wachstum des Konsums (des größten Bestanteils des BIP) war in den letzten Jahren sehr niedrig und war im Jahr 2013 sogar negativ. Auch bei den privaten Investitionen, die sich 2011 schon zu erholen schienen, ist das Wachstum anhaltend niedrig und lag 2013 ebenfalls im negativen Bereich. Über die heimischen Nachfragekomponenten hinaus zeigte sich allerdings im Vorjahr auch ein Einbruch des Exportwachstums, welches nach fallendem Verlauf im Jahr 2014 erstmals seit 2009 wieder negativ war.

*Tabelle 1: Wachstumsraten (in %) des österreichischen realen BIP und seiner Bestandteile*

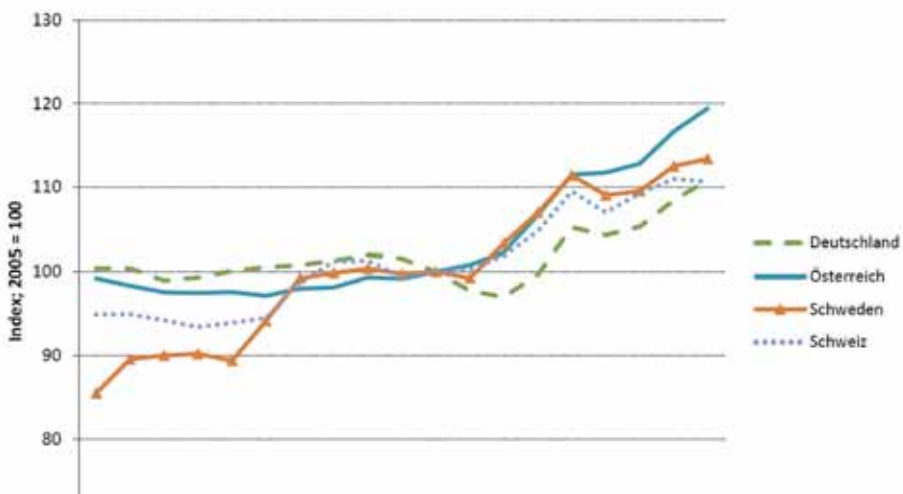
	BIP	Konsum	Investitionen	Staatsausg.	Exporte	Importe
2007	3.5	1.1	4.6	1.6	7.8	5.6
2008	1.3	0.6	1.4	3.7	2.1	0.8
2009	-3.5	0.6	-7.4	2.5	-14.9	-12.0
2010	1.8	1.3	-2.4	0.4	12.8	11.2
2011	3.2	0.9	6.8	0.2	6.6	6.4
2012	0.9	0.7	0.5	0.4	1.4	0.7
2013	0.3	-0.2	-1.4	0.4	1.4	-0.3
2014	0.5	0.5	0.9	0.7	-0.2	1.4

Quelle: OECD 2014a

Aber auch in der österreichischen Diskussion nehmen die Lohnstückkosten eine prominente Rolle ein. So stellt etwa Weyerstraß (2015) zwar zunächst fest, dass Österreich die Wirtschafts- und Finanzkrise gut überstanden hat, mahnt aber gleichzeitig, dass Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen drohe. Hier wird argumentiert, dass das Wachstum der Lohnstückkosten in den letzten Jahren über jenem vergleichbarer Länder wie Deutschland, Schweden oder der Schweiz lag (siehe Abbildung 3).

*Mahnung vor zu hohem Wachstum der Lohnstückkosten*

*Abbildung 3: Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten im Vergleich (Index; 2005 = 100)*



(Quelle: Weyerstraß 2015, S. 3)

*angebliche Notwendigkeit einer internen Abwertung in den Krisenländern*

Dieser Argumentation folgend überrascht es nicht, dass die Lohnstückkosten auch bei der Suche nach Lösungen im Zentrum stehen: Für die südeuropäischen Länder geht es dabei darum, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen. Am einfachsten würde dies durch eine Abwertung der Währung funktionieren, was aber durch die Währungsunion nicht möglich ist. Somit bleibt als Alternative nur eine sogenannte „interne Abwertung“ (eine Senkung des heimischen Preisniveaus), die kurzfristig entweder durch eine Senkung der nominalen Löhne oder langfristig durch ein Zurückbleiben der Lohnsteigerungen hinter dem internationalen Durchschnitt erreicht werden kann.

*Empfehlung: Lohnzurückhaltung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes*

Die Senkung der Nominallöhne ist aufgrund zahlreicher gesellschaftlicher Widerstände schwer oder nur begrenzt umsetzbar, weshalb zunehmend die zweite Strategie empfohlen wird. Langfristig können die relativen Lohnstückkosten nicht nur durch Lohnzurückhaltung, sondern auch durch überdurchschnittliches Produktivitätswachstum gesenkt werden. Als Mittel zur Erreichung des Letzteren wird die Liberalisierung des Arbeitsmarktes empfohlen.<sup>4</sup>

### **3. Die Lohnstückkosten als Ursache der Beschäftigungskrise?**

*sinkende Löhne schaden der europäischen Binnennachfrage*

Gegen die Strategie interner Abwertungen, die ganz von den Defizitländern getragen werden muss, ist natürlich jedenfalls einzuwenden, dass diese mit großen sozialen und wirtschaftlichen Kosten einhergeht: Fallende Löhne führen zu sinkendem Konsum, was sich zwar positiv auf die Leistungsbilanz<sup>5</sup> auswirkt (da dadurch auch weniger Importe gekauft werden), aber auch zu steigender Arbeitslosigkeit führt.<sup>6</sup> Der Rückgang an Importen bedeutet wiederum für andere Länder einen Rückgang der Exportnachfrage. Gerade auf europäischer Ebene ist dies ein Problem, da die Europäische Union hinsichtlich der Güternachfrage ein recht geschlossener Wirtschaftsraum ist: 87% der Nachfrage nach EU-Gütern und -Dienstleistungen kommt aus der EU selbst. Bei Österreich beträgt der Anteil der Nachfrage aus der EU 90% (davon 63% Inlandsnachfrage, siehe Tabelle 2).<sup>7</sup> Sinkt also die Kaufkraft (und somit die Importnachfrage) in einem europäischen Land, so sind davon in hohem Ausmaß die Exportindustrien der übrigen EU-Länder betroffen.<sup>8</sup>

*Tabelle 2: Anteile an der Gesamtnachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen im Jahr 2010*

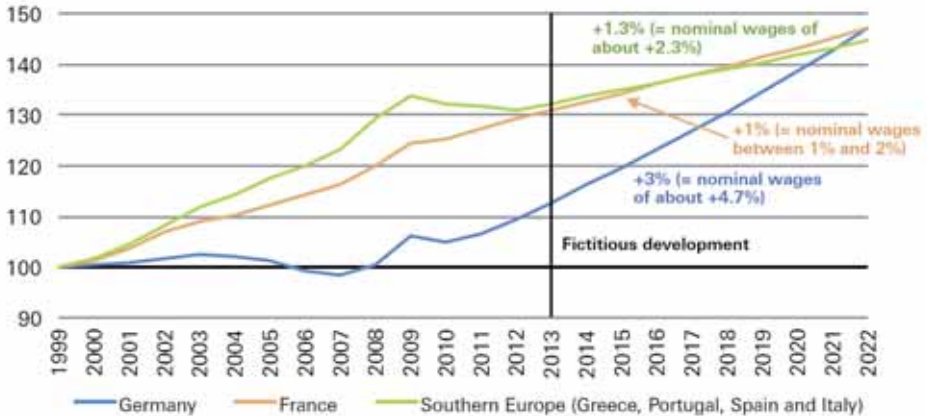
	Nachfrage in Mrd. EUR	% der Gesamt- nachfrage	kumuliert
Inland	270,9	63%	63%
Eurozone	87,2	20%	84%
EU 27 ohne Eurozone	25,0	6%	90%
Rest der Welt	44,5	10%	100%

Quelle: Feigl/Zuckerstätter 2012

Viele keynesianische und progressivere MainstreamökonomInnen teilen die eingangs beschriebene Ansicht, dass die Unterschiede in den Lohnstückkosten (und damit der Wettbewerbsfähigkeit) das Problem sind, lehnen aber Lohnsenkungspolitik aus den beschriebenen Gründen ab. Stattdessen sollen die Überschussländer zur Problemlösung beitragen, indem sie bei sich durch mehr Lohnwachstum für höhere Inflation sorgen.<sup>9</sup> Durch die relativ stärker wachsenden Löhne würden die Überschussländer relativ an Konkurrenzfähigkeit verlieren, was zu einem Rückgang der Exportüberschüsse führt. Gleichzeitig führt die höhere Kaufkraft zu mehr Importnachfrage in den Überschussländern. Beide Effekte würden zu einem Ausgleich der innereuropäischen Leistungsbilanzungleichgewichte beitragen. Flassbeck und Lapavistas (2013) schlagen hier beispielsweise für das nächste Jahrzehnt nominale jährliche Lohnsteigerungen von 4,7% in Deutschland und 2,3% in den südeuropäischen Krisenländern vor (siehe Abbildung 4). Solange in den Überschussländern weiterhin das Wettbewerbsdenken dominiert, wird ein solcher Vorschlag allerdings schwer umsetzbar sein. Exemplarisch sei hier nochmals auf die Mahnung von Weyerstraß (2015) verwiesen, der zufolge dem Anstieg der österreichischen Lohnstückkosten im Sinne der Konkurrenzfähigkeit unbedingt entgegenzutreten sei.

*alternative Lösung: überdurchschnittliches Lohnwachstum in den Überschussländern*

Abbildung 4: Vorschlag zum Abbau europäischer Ungleichgewichte durch höhere Inflation in den Überschussländern (hier Deutschland) im Vergleich zu den Defizitländern (Südeuropa)



Quelle: Flassbeck / Lapavitsas 2013, 24

*Lohnstückkosten können Leistungsbilanzdefizite allerdings kaum erklären*

Bezüglich der Rolle der Lohnstückkosten als Krisenursache existieren allerdings erhebliche Zweifel. So zitieren etwa Storm und Naastepad (2014) eine Reihe von Studien, die veranschaulichen, dass die Lohnstückkosten nur einen unbedeutenden Teil der Leistungsbilanz erklären können: Exporte und Importe zeigen sich durch die Bank insensitiv gegenüber Veränderungen der Lohnstückkosten.<sup>10</sup> Storm und Naastepad (2014) selbst finden, dass das Importwachstum vor allem vom Wachstum des heimischen BIPs bestimmt wird, während Veränderungen in den Exporten zu einem großen Teil durch Veränderungen des globalen BIPs erklärt werden können. Importe werden also zu einem großen Teil von der heimischen Gesamtnachfrage nach Gütern getrieben, während Exporte vor allem von der ausländischen Gesamtnachfrage nach Gütern beeinflusst werden und nicht wie oft angenommen von den Lohnstückkosten.

*Lohnkosten sind nur ein kleiner Teil der Gesamtkosten*

Die untergeordnete Rolle der Lohnstückkosten ergibt sich daraus, dass diese in Südeuropa nur etwa 16% des Gesamtpreises bei Industrieprodukten ausmachen, wohingegen importierte Vorprodukte für 72% der Kosten verantwortlich sind und der Profitanteil 12% des Gesamtpreises ausmacht.<sup>11</sup> Demnach würde eine 1-prozentige Steigerung der Lohnstückkosten, selbst bei kompletter Weitergabe



der Kostenerhöhung, nur zu einem Preisanstieg von 0,18% führen (vgl. Storm/Naastepad 2014). In ähnlicher Weise findet eine Reihe weiterer Studien, dass der Anteil des niedrigen Lohnwachstums an der positiven deutschen Leistungsbilanzentwicklung eher klein war.<sup>12</sup> Stattdessen spielte hier vor allem auch die zurückbleibende inländische Nachfrage (wegen der Stagnation der Löhne) und die dadurch niedrige Nachfrage nach Importen eine große Rolle.<sup>13</sup>

Auf der anderen Seite bedeutet dies nicht, dass Wettbewerbsfähigkeit keine Rolle spielt. Der Fehler in der wirtschaftspolitischen Diskussion besteht nur darin, Wettbewerbsfähigkeit auf die Lohnstückkosten zu reduzieren. Stattdessen kommt es bei der Wettbewerbsfähigkeit in hohem Ausmaß auf das Warensortiment an. Deutschlands Exportwirtschaft ist stark spezialisiert auf mittel- bis hochtechnologieintensive Güter, die vor allem auch in den schnell wachsenden Regionen in Osteuropa, Russland und China sehr gefragt sind. Die überdurchschnittlich gestiegene Nachfrage nach diesen Gütern kann einen großen Teil des gestiegenen internationalen Marktanteils Deutschlands erklären.<sup>14</sup> Außerdem verstanden es deutsche Unternehmen, weite Teile der Produktionskette nach Osteuropa auszulagern und dort vom niedrigen Lohnniveau zu profitieren.<sup>15</sup> Griechenland, Portugal und Italien verloren hingegen internationale Marktanteile, weil ihre Exportsektoren größtenteils auf wenig technologieintensive Güter spezialisiert sind. Der Markt für diese Güter wuchs in den letzten Jahren aber nur unterdurchschnittlich. Gleichzeitig konkurriert man auf diesem Markt in intensiverem Ausmaß mit China. Spanien wiederum gewann in den Jahren vor der Krise sogar an internationalen Marktanteilen. Hier war das hohe Importwachstum für die negative Leistungsbilanz verantwortlich.<sup>16</sup>

Wenn rückläufige Konkurrenzfähigkeit also doch eine entscheidende Rolle gespielt hat (allerdings nicht wegen der verbreiteten Annahme zu hoher Lohnstückkosten), dann ergibt sich daraus auch eine andere Interpretation der Rolle der ausländischen Kapitalzuflüsse: Diese wären dann weniger – wie meist argumentiert – der Auslöser für die Leistungsbilanzdefizite und die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit, sondern eher das Resultat (die Überschussländer gewährten den Defizitländern großzügig Kredite und ermöglichten es diesen damit, trotz mangelnder Exporteinnahmen die Importe weiterhin zu finanzieren).

*Warensortiment ist wichtiger für die Wettbewerbsfähigkeit als die Lohnstückkosten*

*Kapitalzuflüsse als Resultat der abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit*

*Warenassortiment  
anstelle von  
Lohnzurück-  
haltung*

Lohnzurückhaltung würde also bei keinem dieser Länder das Problem lösen, da ihre Produkte in vielen Bereichen eher mit China als mit Deutschland konkurrieren und man auch bei großer Lohnzurückhaltung kaum mit den chinesischen Lohnstückkosten mithalten wird können. Erfolgversprechender wäre hier vielmehr der Versuch, das Warenassortiment aufzuwerten.<sup>17</sup>

#### **4. Erholung und Reform: Die Keynes-Lösung**

*Erholung und  
Reform*

Was sind nun aber die Alternativen zu einer Politik der Lohnstückkostensenkung? John Maynard Keynes schrieb 1933 in einem offenen Brief an den neuen amerikanischen Präsidenten Theodor Roosevelt, dass dieser nun zwei Dinge bewerkstelligen müsse: Erholung und Reform. Gemeint waren die Erholung der Beschäftigungslage und die nötigen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen, wobei Keynes der Erholung absolute Priorität einräumte.<sup>18</sup> Gleiches gilt es auch heute umzusetzen.

*eine alternative  
Lösungsstrategie*

Paul Davidson gibt in seinem 2009 erschienenen Buch „The Keynes Solution“ einen Weg vor, wie Keynes' Erkenntnisse auf die heutige Situation angewandt werden und so die Weltwirtschaft aus der Krise führen können. Diese unterscheiden sich in einigen Punkten maßgeblich von jenen Rezepten, die wir bisher diskutiert haben. Das von ihm vorgeschlagene Programm lässt sich in vier Punkten zusammenfassen: (1) Erholung durch öffentliche Investitionen, (2) Reform der Finanzmärkte, (3) Reform des internationalen Handels und (4) Reform des internationalen Zahlungsverkehrs. Diese werden im vorliegenden Beitrag noch um die Punkte (5) Reform der Steuerbasis und (6) Reform der Regelarbeitszeit ergänzt.

##### **4.1 Erholung durch öffentliche Investitionen**

*die Nachfrage  
bestimmt  
das Angebot*

Keynes' (1933/1936) revolutionäre Einsicht in den 1930er-Jahren war, dass die Nachfrage über das Produktionsniveau entscheidet. Bis dahin war man davon ausgegangen (der neoklassische Mainstream der Ökonomie tut es heute noch), dass die Produktionsressourcen für die Höhe der Produktion verantwortlich sind: Demnach werde so viel produziert, wie mit den vorhandenen Ressourcen Arbeit und Kapital gewinnbringend möglich sei. Die Möglichkeit, dass die produzierten Güter keine Abnehmer finden könnten, war theoretisch ausgeschlossen. Somit veror-

teten die ÖkonomInnen der damaligen Zeit (so wie auch heute die Mehrzahl der ÖkonomInnen) den Grund für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit darin, dass aufgrund der zu hohen Löhne einfach keine größere Menge an Gütern gewinnbringend produziert werden könne. Daraus folgte naturgemäß die Forderung nach Lohnsenkungen. Wenn aber, wie von Keynes behauptet, die fehlende Nachfrage das Problem ist, dann kann eine solche Strategie das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen.<sup>19</sup>

Der Keynes'schen Analyse folgend besteht die oberste Priorität in der derzeitigen Lage also darin, wieder für ausreichend Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zu sorgen. Da derzeit weder die Unternehmen (über Investitionsausgaben) noch die Haushalte (über Konsumausgaben) für ausreichend Nachfrage sorgen können oder wollen, muss der Staat als letzte Instanz einspringen. Durch die Erhöhung der öffentlichen Investitionen werden neue Profitmöglichkeiten für die Unternehmen und damit neue Arbeitsplätze für die Haushalte geschaffen.<sup>20</sup>

Diese Investitionen sollten wiederum in Bereichen erfolgen, in denen sie die Produktivität der Gesellschaft erhöhen, bzw. in Aktivitäten, die einem zivilisierten Zusammenleben förderlich sind (wenngleich der beschäftigungserhöhende Effekt auch bei weniger sinnvollen Ausgaben eintreten würde).<sup>21</sup> Beispiele hierfür sind klassische Investitionen in Infrastruktur (z.B. Straßen, Brücken), Investitionen im Bereich Nachhaltigkeit (z.B. Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Ausbau nicht-fossiler Energiequellen, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz) sowie Investitionen in Bildung, Forschung, Gesundheit sowie Pflege und Betreuung.

Bezüglich des Einwands, eine solche Politik belaste über die höheren Schulden die zukünftigen Generationen, sei hier Davidson (2009, 59) zitiert, der sinngemäß meint, die Frage sollte hier nicht sein, ob wir es uns leisten können, diese Ausgaben zu tätigen, sondern die Frage sollte sein, ob wir es uns leisten können, diese Ausgaben nicht zu tätigen: Eine Wirtschaft, in der ausreichend Profit- und Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind, und die über eine moderne öffentliche Infrastruktur, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem und Zugang zu guter Bildung verfügt, ist demnach eine bessere Hinterlassenschaft als

*zusätzliche Nachfrage kann derzeit nur vom Staat geschaffen werden*

*staatliche Investitionen in sinnvolle Projekte*

*Belastung zukünftiger Generationen?*

eine Wirtschaft ohne diese Dinge mit einem niedrigen absoluten Staatsschuldenbetrag.<sup>22</sup> Gerade jenen bereits angesprochenen Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten würde dies auch die Möglichkeiten geben, mit entsprechenden Investitionen mittelfristig ihr Warensortiment aufzuwerten und somit langfristig ihre Leistungsbilanzen zu verbessern.

#### 4.2 Reform der Finanzmärkte

*Finanzmarkt  
als Casino*

Keynes war sehr skeptisch gegenüber der Idee, dass Preise auf den Finanzmärkten fundamentale Werte widerspiegeln bzw. dass Finanzmärkte für eine effiziente Allokation von Kapital sorgen. Stattdessen verglich er Finanzmärkte mit Casinos und die zunehmende Bedeutung des Finanzsektors schätzte er als gefährlich für die reale Wirtschaft ein.<sup>23</sup>

*Trennung von  
Geschäfts- und  
Investment-  
banken*

Tatsächlich hatte die Krise des Finanzsektors 2007 nicht nur gravierende Auswirkungen auf die reale Wirtschaft, die Ausgaben für seine Rettung belasten auch die staatlichen Finanzen nachhaltig. Um dies zukünftig zu verhindern, bedarf es eines neuen Regelwerkes. Ein Schritt hierzu ist die umfassende Einführung dessen, was in den USA bis in die 1990er als Glass-Steagall Act bekannt war und die Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken regelte: Geschäftsbanken durften demnach nicht in Aktien oder Finanzderivate investieren, sondern mussten sich auf ihr Kerngeschäft – das Sammeln von Einlagen und die Vergabe von Krediten – beschränken. Investmentbanken durften weiterhin mit Aktien und Derivaten handeln, allerdings fielen ihre Anleger nicht unter die staatliche Einlagengarantie, welche im Fall eines Bankbankrotts den Einlegern ihre Sparguthaben bis zu einer gewissen Höhe ersetzt. Kunden einer Investmentbank sind sich dieses Risikos bewusst und für den Staat entstehen im Fall einer Zahlungsunfähigkeit keine Verpflichtungen. Das Geschäftsbankensystem wird wiederum aufgrund der fehlenden spekulativen Anlagen weniger krisenanfällig.<sup>24</sup>

*weitere  
Forderung:  
Finanztrans-  
aktionssteuer*

Ein weiterer Schritt besteht in der Einführung der von vielen, mitunter auch von Keynes (1997/1936, 160)<sup>25</sup>, geforderten Finanztransaktionssteuer, welche Finanzmarktspekulation unattraktiver machen und damit die Investitionen wieder vermehrt in die Realwirtschaft lenken soll.<sup>26</sup>

### 4.3 Reform des internationalen Handels

Keynes gehörte nicht zu jenen Menschen, die der Meinung sind, dass freier Waren- und Kapitalverkehr zum unbedingten Wohle aller ist. Er plädierte dafür, dass Produzenten und Endverbraucher, wann immer dies sinnvoll möglich ist, ein und demselben Wirtschaftsraum angehören. Internationale Spezialisierung sei dann notwendig, wenn klimatische Gegebenheiten oder das Vorhandensein von Rohstoffen dies notwendig machten. Die überwiegende Anzahl der Produkte der industriellen Massenfertigung könnte allerdings in den meisten Ländern und klimatischen Gegebenheiten mit gleicher Effizienz durchgeführt werden. Nationale Suffizienz habe gegenüber der internationalen Arbeitsteilung den Vorteil, dass sie größere gesellschaftspolitische Handlungsspielräume ermöglicht: Viele Reformen lassen sich leichter durchführen, wenn im Gegenzug nicht die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland befürchtet werden muss. Diese Autonomie wiegt für Keynes schwerer als vermeintliche Effizienzgewinne durch den freien Handel. In diesem Zusammenhang plädierte er auch für die Eindämmung internationaler Finanzströme.<sup>27</sup>

*Eindämmung internationaler Waren- und Kapitalströme*

Da Kapital international mobil ist und praktisch überall auf der Welt eingesetzt werden kann, wird es bei freiem Waren- und Kapitalverkehr langfristig dorthin wandern, wo die Produktionskosten – sprich die Löhne und Sozialstandards – am niedrigsten sind. Somit entsteht Druck auf jene Länder, in denen höhere Lohn- und Sozialstandards herrschen. Um die Nivellierung von Standards nach unten zu verhindern, schlagen Davidson (2009, 113) sowie Kapeller, Schütz und Tamesberger (2014, 2015) vor, die Importerlaubnis für Güter davon abhängig zu machen, dass bei ihrer Produktion gewisse Mindeststandards (u.a. angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen) eingehalten wurden.

*Mindeststandards für Importwaren*

### 4.4 Reform des internationalen Zahlungsverkehrs

Um permanente internationale Leistungsbilanzungleichgewichte zu verhindern, plädierte Keynes (1980/1942) als Mitglied der britischen Delegation bei der Konferenz von Bretton Woods für die Schaffung einer International Clearing Union (ICU) mit einem System fixer Wechselkurse. Letztendlich setzte damals bekanntlich die amerikanische Delegation ihre Vorstellungen durch und dieser Plan wurde nie umgesetzt. Dieser Plan wäre

*Verhinderung von Ungleichgewichten durch eine International Clearing Union*

allerdings nach wie vor eine geeignete Alternative, um jene internationalen Handelsungleichgewichte, die sich als so fatal erwiesen haben, zu verhindern:<sup>28</sup> Nach Keynes' Plan sollen alle internationalen Zahlungsflüsse über die nationalen Notenbanken laufen, welche wiederum Konten bei der ICU haben. Über diese Konten werden dann alle internationalen Zahlungen abgewickelt. Dabei funktioniert die ICU ähnlich einer globalen Zentralbank. Die Zahlungsflüsse werden innerhalb der ICU mit einer eigenen Währung – dem Bancor – verrechnet, wobei jede nationale Währung einen fixen Wechselkurs zum Bancor hat. Länder mit einem Exportüberschuss können ihre Währung relativ zum Bancor aufwerten, bzw. Defizitländer können ihre Währung abwerten, um so dem Entstehen von Ungleichgewichten entgegenzuwirken.

*bei Ungleichgewichten auch die Überschussländer in die Pflicht nehmen*

Exportüberschüsse führen in diesem System zur Anhäufung von Bancor-Guthaben, während Importüberschüsse dementsprechend zu negativen Kontoguthaben führen. Langfristig sollen die Bancor-Salden ausgeglichen sein, wobei das Revolutionäre an diesem Vorschlag ist, dass nicht nur die Defizitländer für die Anpassung verantwortlich gemacht werden, sondern auch die Überschussländer: Bei übermäßigen Überschüssen (zu hohen Bancor-Guthaben) hat die ICU die Befugnis, diese zu konfiszieren und umzuverteilen. Wenn die Überschussländer dies vermeiden möchten, dann stehen ihnen drei Möglichkeiten offen, um diese Guthaben abzubauen: (1) Kauf von Importen aus den Defizitländern, (2) Direktinvestitionen in den Defizitländern oder (3) Hilfszahlungen an die Defizitländer ohne entsprechende Gegenleistung. Dadurch wird verhindert, dass Überschussländer systematisch Einnahmen horten und dadurch kontinuierlich Kaufkraft aus dem System abfließt.<sup>29</sup>

*beidseitiger Abbau von Ungleichgewichten steigert die Wohlfahrt beider Seiten*

Von diesem System profitiert letztlich sowohl die Bevölkerung in den Defizitländern (durch stärkere Nachfrage nach ihren Exportgütern, die wiederum Profitmöglichkeiten und Beschäftigung schaffen) als auch in den Überschussländern (durch Importgüter aus den Defizitländern, die die allgemeine Wohlfahrt in höherem Ausmaß steigern als das Anhäufen von finanziellen Forderungen).<sup>30</sup> Da alle Zahlungen über die Konten der nationalen Notenbanken bei der ICU laufen müssten, würde allgemein auch jede Gesellschaft wieder mehr Kontrolle über den internationalen Kapitalverkehr erhalten.

#### 4.5 Reform der Steuerbasis

Für Keynes waren die beiden größten Fehler des kapitalistischen Systems, dass es von sich aus (1) nicht für Vollbeschäftigung sorgen kann und (2) zu einer willkürlichen und ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen führt. Letzteres ist bei Keynes nun nicht nur ein moralisches Problem, sondern es schadet auch dem Wachstum, da sich die ungleiche Verteilung negativ auf den Konsum auswirkt. Niedriger Konsum schmälert wiederum die Profitmöglichkeiten und dadurch die Investitionen. Daher geht Keynes davon aus, dass umverteilende Maßnahmen, die sich positiv auf die Konsumneigung auswirken, auch positiv für das Wachstum sind.<sup>31</sup>

*eine gerechtere  
Verteilung ist  
wachstums-  
fördernd*

Einkommen und Vermögen sind heute so ungleich verteilt wie zuletzt zu Keynes' Zeiten, dementsprechend gibt es für den Staat derzeit reichlich Spielraum, um hier dementsprechende wachstums- und damit beschäftigungsfördernde Schritte zu setzen.<sup>32</sup> Eine zentrale konsumsteigernde Maßnahme bestünde in der Umverteilung des Steueraufkommens weg von niedrigen und mittleren Einkommen hin zu hohen Einkommen und Vermögen (z.B. zusätzliche Progressionsstufe für hohe Einkommen, Erbschafts- und Vermögenssteuern für hohe Beträge).

*Notwendigkeit  
progressiver  
Einkommens-  
steuern und  
vermögensbezo-  
gener Steuern*

#### 4.6 Reform der Regelarbeitszeit

Ein Aspekt, der in Keynes' Werk gerne übersehen wird, ist seine Behandlung der langen Frist und der Notwendigkeit von substantziellen Verkürzungen der Arbeitszeit in derselben.<sup>33</sup> Keynes (1943) prognostiziert bereits für das 20. Jahrhundert das Eintreten einer Phase, in der der Investitionsbedarf schon so gesättigt ist, dass auch dem Staat die sinnvollen Projekte ausgehen und damit nur noch mit verschwenderischen Projekten die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten wäre. In dieser Phase sei es nun wichtig, kontinuierlich die Arbeitszeit zu verkürzen und so dauerhaft für Vollbeschäftigung zu sorgen. Sollte es der Menschheit gelingen, das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren, Kriege zu vermeiden und kluge (also keynesianische) Wirtschaftspolitik zu betreiben, so ging Keynes (2010/1930) davon aus, dass die Menschheit irgendwann (aber frühestens in 100 Jahren) einen Punkt erreicht, an dem eine 15-Stunden-Woche vollkommen ausreichend ist.

*Arbeitszeit-  
verkürzung ist  
notwendig, um  
langfristig Voll-  
beschäftigung zu  
garantieren*

*Arbeitszeitverkürzung auch Lösung für andere Probleme unserer Zeit*

In diesem Sinne sollte auch heute Arbeitszeitverkürzung als bewusstes Mittel zur Herstellung von Vollbeschäftigung eingesetzt werden.<sup>34</sup> Dies sollte auch deshalb geschehen, weil eine Verkürzung der Arbeitszeit einen substanziellen Beitrag zur Lösung anderer Probleme unserer Zeit (Klimawandel und Ressourcenverbrauch, stressbedingte Erkrankungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, rückläufiges zivilgesellschaftliches Engagement) liefern kann.<sup>35</sup>

### 5. Fazit

*gemeinsame Umsetzung der Maßnahmen erhöht deren Effektivität*

In diesem Beitrag wurde ein alternatives Programm zur derzeit praktizierten Wirtschaftspolitik aufgezeigt. Die einzelnen Maßnahmen und Reformen bedingen einander dabei nicht notwendigerweise, allerdings lassen sich einige von ihnen im Paket um vieles leichter und erfolgversprechender umsetzen. So stellte wie schon erwähnt bereits Keynes fest, dass der politische Handlungsspielraum enorm zunimmt, wenn nicht bei jedem Schritt die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland befürchtet werden muss. Dementsprechend würden die Reformen der Finanzmärkte (4.2), der Steuerbasis (4.5) und der Regelarbeitszeit (4.6) um etliches leichter vonstatten gehen, wenn gleichzeitig eine Reform des internationalen Handels (4.3) und Zahlungsverkehrs (4.4) eine geeignete institutionelle Ausgangslage schaffte. Aber auch die Einleitung der Erholung durch öffentliche Investitionen (4.1) würde wesentlich besser funktionieren, wenn man vermeiden könnte, dass ein großer Teil der zusätzlich generierten Nachfrage an Länder mit Exportüberschüssen abfließt. Auch hierfür würde die Reform des internationalen Zahlungsverkehrs (4.4) den geeigneten Rahmen schaffen.

### Anmerkungen

1. Universität Linz, Institut für Volkswirtschaftslehre, bernhard.schuetz@jku.at. Ich danke Martin Riese für nützliche Hinweise.
2. OECD (2014a)
3. Vgl. z.B. Shambaugh (2012)
4. Vgl. z.B. Shambaugh (2012)
5. Die Leistungsbilanz ergibt sich als die Summe aller Exporte von Waren und Dienstleistungen minus die Summe aller Importe von Waren und Dienstleistungen.
6. Vgl. hierzu Stockhammer/Sotiropoulos (2014).
7. Vgl. Feigl/Zuckerstätter (2012); Angaben beziehen sich auf das Jahr 2010.
8. Vgl. Stockhammer/Onaran/Ederer (2009)
9. Siehe z.B. Flassbeck/Lapavitsas (2013), Stockhammer/Onaran (2012).
10. Vgl. Diaz Sanchez und Varoudakis (2013), Gabrisch/Staehr (2013), Gaulier/



Vicard (2012)

11. Die Zahlen beziehen sich auf die Mitte der 2000er-Jahre (vgl. Storm/Naastepad 2014).
12. Vgl. Danninger/Joutz (2007), Europäische Kommission (2010), Felipe/Kumpar 2011, Storm/Naastepad (2007)
13. Vgl. Schröder (2011)
14. Vgl. Storm/Naastepad (2014), EZB (2005, 2012), Danninger/Joutz (2007), Curran/Zignago (2009)
15. Vgl. Simonazzi/Ginzburg/Nocella (2013), Danninger/Joutz (2008)
16. Vgl. Storm/Naastepad (2014), EZB (2005, 2012), Danninger/Joutz (2007), Curran/Zignago (2009), Di Mauro/Forster/Lima (2010)
17. Vgl. Felipe/Kumar (2011)
18. Keynes (1933), zitiert nach Davidson (2009, S. 14)
19. Für eine ausführliche Darstellung siehe z.B. Skidelsky (2009, Kapitel 4).
20. Vgl. Davidson (2009)
21. Vgl. Davidson (2009)
22. Weniger Staatsschulden bedeuten bekanntlich noch nicht automatisch eine niedrigere Staatsschuldenquote. Wenn durch das Unterlassen von staatlichen Investitionen das BIP sinkt, so erhöht dies die Staatsschuldenquote auch ohne zusätzliche Verschuldung, womit zukünftigen Generationen wohl ebenfalls kaum gedient ist.
23. Keynes (1997/1936, Kapitel 12)
24. Vgl. Davidson (2009)
25. Keynes (1997/1936, 160): „The introduction of a substantial Government transfer tax on all transactions might prove the most serviceable reform available, with a view to mitigating the predominance of speculation over enterprise in the United States.“
26. Vgl. z.B. Schulmeister/Schratzenstaller/Picek (2008). Zur Investitionsverlagerung vom realen in den Finanzsektor siehe z.B. Stockhammer (2004).
27. Vgl. Keynes (1933)
28. Vgl. Amato/Fantacci (2014), Davidson (2009), Hein/Truger (2012-2013)
29. Vgl. Keynes (1980/1942)
30. Vgl. Davidson (2009)
31. Vgl. Keynes (1997/1936, Kapitel 24), Kromphardt (2012)
32. Für die historische Entwicklung der Verteilung siehe Piketty (2014). Zur ungleichen Vermögensverteilung in Österreich siehe Eckerstorfer et al. (2013).
33. Vgl. hierzu Walterskirchen (2013), Schütz (2014)
34. Vgl. hierzu auch Marterbauer (2015)
35. Vgl. Kopatz (2012), Schütz (2014, 267)

### Literatur

- Amato, Massimo / Fantacci, Luca (2014): Back to which Bretton Woods? Liquidity and clearing as alternative principles for reforming the international money. *Cambridge Journal of Economics*, 38, S. 1431-1452.
- Curran, Louise / Zignago, Soledad (2009): The Evolution of EU and Its Member States' Competitiveness in International Trade, CEPII Working Paper No. 2009-2011.
- Danninger, Stephan / Joutz, Fred (2007): What Explains Germany's Rebounding Export Market Share? *CESifo Economic Studies*, 54(4), S. 681-714.
- Davidson, Paul (2009): *The Keynes Solution: The Path to Global Economic Prosperity*. New York, Palgrave Macmillan.
- Di Mauro, Filippo / Forster, Katrin / Lima, Ana (2010): *The Global Downturn and its Impact on Euro Area Exports and Competitiveness*, ECB Occasional Papers Series No. 119.
- Diaz Sanchez, Jose L. / Varoudakis, Aristomene (2013): *Growth and Competitiveness as Factors of Eurozone External Imbalances*, World Bank Policy

- Research Working Paper 6732.
- Eckerstorfer, Paul / Halak, Johannes / Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Springholz, Florian / Wildauer, Rafael (2013): Reichtumsverteilung in Österreich. In: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift (WISO), 36(4), S. 37-54.
- Europäische Kommission (2010): Quarterly Report on the Euro Area. Special Issue: The Impact of the Global Crisis on Competitiveness and Current Account Divergences in the Euro Area, Brüssel, Europäische Kommission.
- Feigl, Georg / Zuckerstätter, Sepp (2012): Wettbewerbs(des)orientierung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117.
- Felipe, Jesus / Kumar, Utsav (2011): Unit Labor Costs in the Eurozone: The Competitiveness Debate Again, Levy Economics Institute of Bard College Working Paper No. 651.
- Flassbeck, Heiner / Lapavistas, Costa (2013): The Systemic Crisis of the Euro – True Causes and Effective Therapies. Rosa Luxemburg Stiftung Studien.
- Gabrisch, Huber / Staehr, K. (2013): The Euro Plus Pact: Competitiveness and Cross-Border Capital Flows in the EU Countries, Mimeo.
- Gaulier, Guillaume / Vicard, Vincent (2012): The signatures of Euro area imbalances. Mimeo.
- Hein, Eckhard / Truger, Achim (2013-2014): Finance-dominated capitalism in crisis – the case for a global Keynesian New Deal. Journal of Post Keynesian Economics, 35(2), S. 187-213.
- Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Tamesberger, Dennis (2014): From Free to Civilized Markets: First Steps towards Eutopia. ICAE Working Paper Nr. 28.
- Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Tamesberger, Dennis (2015): Von freien zu zivilisierten Märkten: Ein New Deal für die europäische Handelspolitik. ÖGfE Policy Brief 5/2015.
- Keynes, John Maynard (2010/1930): Economic Possibilities for our Grandchildren. In: Pecchi, Lorenzo / Piga, Gustavo (Hg.): Revisiting Keynes: Economic Possibilities for our Grandchildren. Cambridge MA, London, MIT Press.
- Keynes, John Maynard (1933): National Self-Sufficiency. The Yale Review, 22(4), 755-769.
- Keynes, John Maynard (1997/1936): The General Theory of Employment, Interest, and Money. Amherst: Prometheus.
- Keynes, John Maynard (1980/1942): Proposal for an International Clearing Union. In: Collected Writings of J. M. Keynes, Vol. XXV, London, Macmillan, 168-195.
- Keynes, John Maynard (1943): The Long-Term Problem of Full Employment. In: Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XXVII. London, Macmillan.
- Kopatz, Michael (2012): Arbeit, Glück und Nachhaltigkeit: Warum kürzere Arbeitszeiten Wohlbefinden, Gesundheit, Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit fördern. Wuppertal Institut.
- Kromphardt, Jürgen (2012): Die wiederentdeckte Einkommensverteilung in der keynesianischen Analyse. In: Kromphardt, Jürgen (Hg.): Keynes' General Theory nach 75 Jahren. Marburg, Metropolis.
- Marterbauer, Markus (2015): Österreich und Deutschland: Angebot an Arbeitskräften prägt Arbeitslosenquote. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oesterreich-und-deutschland-angebot-arbeitskraeften-praegt-arbeitslosenquote/> (abgerufen am 25.3.2015).
- OECD (2014a): Economic Outlook No. 96. <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=51396#> (abgerufen am 16.3.2015)
- OECD (2014b): How does Austria compare? <http://www.oecd.org/austria/EMO-AUT-EN.pdf> (abgerufen am 16.3.2015)
- Schröder, Enno (2011): Trade Balances in Germany and the Unites States: Demand Dominates Price. Memo präsentiert bei der 15. Konferenz des For-

- schungsnetzwerks Makroökonomie und Makropolitik (FMM) in Berlin.
- Schulmeister, Stephan / Schratzenstaller, Margit / Picek, Oliver (2008): A General Financial Transaction Tax: Motives, Revenues, Feasibility and Effects. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO).
- Schütz, Bernhard (2014): Fortschritt und Arbeitszeit: Ein Vergleich der Ansichten von Marx, Keynes und der Sozialdemokratie. In: *Momentum Quarterly*, 3(2), S. 259-269.
- Shambaugh, Jay, C. (2012): The Euro's Three Crises, *Brookings Papers on Economic Activity*, S. 157-211.
- Simonazzi, Annamaria / Ginzburg, Andrea / Nocella, Gianluigi (2013): Economic relations between Germany and southern Europe. *Cambridge Journal of Economics*, 37, S. 653-675.
- Skidelsky, Robert (2009): *Keynes: The Return of the Master*. New York: Public Affairs.
- Stockhammer, Engelbert (2004): Financialization and the slowdown of accumulation. *Cambridge Journal of Economics*, 28(5), 719-741.
- Stockhammer, Engelbert / Onaran, Özlem (2012): Rethinking wage policy in the face of the Euro crisis. Implications of the wage-led demand regime. *International Review of Applied Economics*, 26(2), 191-203.
- Stockhammer, Engelbert / Onaran, Özlem / Ederer, Stefan (2009): Functional income distribution and aggregate demand in the Euro area. *Cambridge Journal of Economics*, 33, S. 139-159.
- Stockhammer, Engelbert / Sotiropoulos, Dimitris (2014): Rebalancing the Euro Area: The Costs of Internal Devaluation, *Review of Political Economy*, 26(2), 210-233.
- Storm, Servaas / Naastepad, C. W. M. (2007): OECD demand regimes (1960-2000), *Journal of Post Keynesian Economics*, 29(2), S. 211-246.
- Storm, Servaas / Naastepad, C. W. M. (2014): Europe's Hunger Games: Income Distribution, Cost Competitiveness and Crisis, *Cambridge Journal of Economics*, doi: 10.1093/cje/beu037, S. 1-28.
- Walterskirchen, Ewald (2013): Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung. In: Chaloupek, Günther / Marterbauer, Markus (Hg.): *75 Jahre General Theory of Employment, Interest and Money*. Wien, LexisNexis, S. 137-154.
- Weyerstraß, Klaus (2015): Ohne Reformen droht Österreich im europäischen Vergleich zurückzufallen. *ÖGfE Policy Brief 9/2015*.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO  
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
 Tel. ++43/732/66 92 73  
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
 E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)  
 Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)